

Verwaltungsgebühr stoppen!

Offener Brief zur geplanten Einführung von Verwaltungsgebühren an den Hochschulen in SH

Sehr geehrter Herr Günther, sehr geehrte Frau Prien, sehr geehrte Frau Dr. Schneider, sehr geehrte Vertreter*innen der Landesregierung und der Regierungsfractionen,

mit großer Bestürzung haben wir Ihre Pläne zur Einführung einer Verwaltungsgebühr i.H.v. 60 Euro pro Semester und Studierenden ab dem Jahr 2026 zur Kenntnis genommen.

Diese geplante Maßnahme ist für die Studierenden in Schleswig-Holstein nicht tragbar und widerspricht in großen Teilen den Versprechungen des Koalitionsvertrages der Landesregierung. Die Studierenden leiden bereits jetzt unter den Erhöhungen des Studentenwerkbeitrags, den gestiegenen Lebenserhaltungskosten und den hohen Mieten.

Besonders in Anbetracht der Tatsache, dass derzeit rund 35 % der Studierenden als armutsgefährdet gelten (im Vergleich: 14,4% ist der Anteil von Armutsgefährdeten in der Gesamtbevölkerung), würde eine solche Gebühr die ohnehin schwierige soziale Lage vieler Studierender weiter verschärfen und junge Menschen von einem Studium in Schleswig-Holstein abhalten. Die Studienfinanzierung ist bereits unter den aktuellen Umständen eine Herausforderung, viele Studierende sind auf Nebenjobs angewiesen oder beziehen BAföG, welches nicht ausreichend ist.

Die Einführung einer zusätzlichen Verwaltungsgebühr würde die finanzielle Last weiter erhöhen, ohne dabei einen klaren und konkreten Mehrwert für die Studierenden zu bieten. Stattdessen dient diese Gebühr offenbar lediglich dazu, den Landeshaushalt zu entlasten und das auf Kosten der Studierenden. Wir lehnen diese unverantwortliche Verschiebung der finanziellen Verantwortung auf die Studierenden ab und weisen darauf hin, dass es die Aufgabe des Landes ist, für eine auskömmliche Finanzierung der Hochschulen zu sorgen.

Die geplante Verwaltungsgebühr würde nicht nur die soziale Lage vieler Studierender weiter verschlechtern, sondern auch den Hochschulstandort Schleswig-Holstein schwächen.

Ein sozial gerechter Hochschulzugang ist ein wichtiger Standortfaktor und ein wesentlicher Bestandteil der Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Die Einführung von Gebühren, die nicht einmal einen konkreten und klaren Nutzen für die Studierenden hat, ist deshalb ein Schritt in die völlig falsche Richtung.

Daher fordern wir die Landesregierung mit Nachdruck auf, die Pläne zur Einführung einer Verwaltungsgebühr fallen zu lassen und stattdessen Maßnahmen zu ergreifen, die die soziale Lage der Studierenden verbessern, anstatt sie weiter zu verschärfen.

Unterzeichnet von:

Studentische Organisationen:





hochschul_smd_kiel



Jugendorganisationen:



GRÜNE JUGEND
SCHLESWIG-HOLSTEIN



Hochschul(-nahe) Organisationen:



KSG Kiel
Katholische Studierendengemeinde Kiel



Namentliche Auflistung:

Studentische Organisationen:

- Landes-Asten-Konferenz Schleswig-Holstein (LAK SH)
- AStA CAU Kiel
- AStA FH Kiel
- AStA Uni Lübeck
- AStA TH Lübeck
- AStA EUF
- AStA FH Flensburg
- Studierendenparlament CAU Kiel
- Studierendenparlament FH Kiel
- Studierendenparlament Uni Lübeck
- Studierendenparlament TH Lübeck
- Studierendenparlament EUF
- Fachschaftsvertretungskonferenz CAU Kiel
- Fachschaft Linguistik und Phonetik CAU Kiel
- JEF HSG Kiel
- HG Südschleswig Kiel
- UDP CAU Kiel
- Volt HSG Kiel
- CampusGrüne Kiel
- Perspektive Links Kiel
- Juso HSG Kiel
- aCAUnion Kiel
- hochschul_smd kiel
- Internationaler Jugendverein Kiel
- Juso HSG Lübeck
- Linke Lübecker Hochschulorganisation
- CampusGrüne Flensburg
- Bunte Liste Flensburg

Jugendorganisationen:

- Jusos Schleswig-Holstein
- Jusos Kiel
- Grüne Jugend Schleswig-Holstein
- SSW-Ungdom Schleswig-Holstein
- SSW-Ungdom Kiel

Hochschul(-nahe) Organisationen:

- GEW Schleswig-Holstein
- Katholische Studierendengemeinde Kiel
- Katholische Hochschulgemeinde Flensburg